

Öffentliche Konsultation zum Entwurf der überarbeiteten EU-Leitlinien für Beihilfen im Rahmen des EHS

14. Januar 2020
#EUGreenDeal

Hintergrund

Die Europäische Kommission fordert Interessenträger auf, zu ihrem Vorschlag für überarbeitete Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2021 (EHS-Leitlinien) Stellung zu nehmen.

Das EU-Emissionshandelssystem (EHS) ist ein wichtiger Bestandteil der EU-Politik zur Bekämpfung des Klimawandels und ein zentrales Instrument zur kosteneffizienten Senkung der Treibhausgasemissionen. Vom EHS geht für Unternehmen ein CO₂-Preissignal aus, das die Verringerung von Emissionen bewirken soll.

Ziel des Leitlinienentwurfs

Durch die Umsetzung des EHS sind zwei Arten von Kosten entstanden. Zum einen müssen die Unternehmen ausreichend Zertifikate erwerben, um ihre tatsächlichen Emissionen abzudecken (sogenannte „direkte EHS-Kosten“), und zum anderen entstehen ihnen höhere Stromkosten, da die Stromerzeuger den CO₂-Preis über höhere Strompreise an die Verbraucher weitergeben (sogenannte „indirekte EHS-Kosten“).

Die Gefahr der Verlagerung von CO₂-Emissionen besteht, wenn Produktionskapazitäten in Länder außerhalb der EU mit weniger ehrgeizigen Klimazielen verlagert werden. In diesem Fall geht die Wirtschaftstätigkeit in der EU zurück, ohne dass der CO₂-Ausstoß global gesehen sinken würde.

Im Einklang mit der Mitteilung über den europäischen Grünen Deal dient der Entwurf der EU-Leitlinien für Beihilfen im Rahmen des EHS dem Ziel, die Gefahr der Verlagerung von CO₂-Emissionen aufgrund indirekter Kosten zu verringern und Anreize für die Modernisierung der Produktionsverfahren zu schaffen.



„Der europäische Grüne Deal ist unsere neue Wachstumsstrategie. Er wird es uns ermöglichen, die Emissionen zu senken und gleichzeitig Arbeitsplätze zu schaffen.“

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission

„Die Überarbeitung der EU-Leitlinien für staatliche Beihilfen im Rahmen des Emissionshandelssystems ist ein wichtiger Bestandteil des europäischen Grünen Deals und soll global gesehen zu geringeren Treibhausgasemissionen führen. Wir bitten Interessenträger nun um Stellungnahme zu unserem Leitlinienentwurf, der die Ziele des Grünen Deals in vollem Umfang widerspiegelt und staatliche Unterstützung auf die Sektoren konzentriert, in denen die Verlagerungsgefahr am größten ist.“

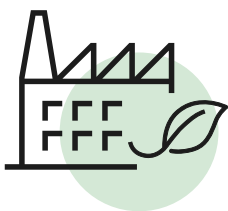
Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission



Gegenstand der Konsultation

Um die Gefahr der Verlagerung von CO₂-Emissionen zu verringern, baut der zur Konsultation gestellte Leitlinienentwurf auf drei Hauptelementen auf:

SEKTOREN

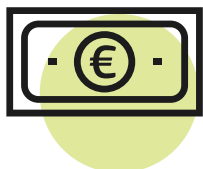


Der Leitlinienentwurf konzentriert sich auf die acht Sektoren, in denen die Verlagerungsgefahr am größten ist:

- Sektoren, in denen in erheblichem Umfang internationaler Handel stattfindet,
- Sektoren, in denen die Energiekosten eine wesentliche Rolle spielen und höhere Energiekosten nur begrenzt weitergegeben werden können,
- Sektoren, in denen die Gewinnspannen weltweit unter Druck stehen,
- Sektoren, in denen die Möglichkeiten zur Verbesserung der Energieeffizienz nur begrenzt sind.

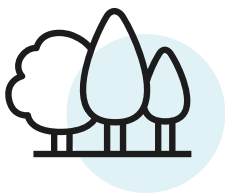
Die Kommission kann auf der Grundlage qualitativer Erwägungen beschließen, weitere Sektoren in die Liste aufzunehmen, die mindestens über einen Indikator für die Verlagerung von CO₂-Emissionen von 0,2 verfügen und mindestens ein mittleres Risiko der Verlagerung von CO₂-Emissionen aufweisen.

HÖHE DES AUSGLEICHS



Im Leitlinienentwurf wird die staatliche Unterstützung auf das Minimum begrenzt, das zur Verringerung der Gefahr der Verlagerung von CO₂-Emissionen erforderlich ist, d. h. auf einen Schwellenwert von höchstens 75 % der anfallenden indirekten Kosten. Zum Vergleich: Zu Beginn der laufenden Handelsperiode galt noch ein Wert von 85 %.

AUFLAGEN



Die staatliche Unterstützung darf nur gewährt werden, wenn die betreffenden Unternehmen Maßnahmen zur Verringerung ihrer CO₂-Emissionen ergreifen. Dazu zählen:

- die Durchführung von Energieaudits,
- die Umsetzung der Empfehlungen aus diesen Energieaudits,
- die Begünstigung nachhaltiger öffentlicher und privater Investitionen sowie
- die Verringerung des CO₂-Fußabdrucks ihres Stromverbrauchs.

Die EU wird 2050 klimaneutral sein. Dazu muss die Industrie bei Innovationen unterstützt werden, damit die Unternehmen der EU eine weltweite Führungsrolle in der grünen Wirtschaft übernehmen können.

Bürger und Interessenträger sind aufgefordert, zu dem Vorschlag der Kommission und seinen möglichen Auswirkungen auf das Risiko einer Verlagerung von CO₂-Emissionen, auf die Wirksamkeit des EHS-Systems sowie zu möglichen Wettbewerbsverfälschungen Stellung zu nehmen.

Die öffentliche Konsultation läuft vom 14.1.2020 bis zum 10.3.2020.